



HESSISCHER LANDTAG

04. 11. 2020

Plenum

Antrag

Fraktion der SPD

Soforthilfe zur Rettung der Kultur- und Medienbranche in der Corona-Krise

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass Landesregierung und Parlament eine besondere Verantwortung für die Kultur und die Gestaltung der Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur in Hessen haben.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Corona-Krise freies Arbeiten und Wirtschaften in der Kultur- und Medienbranche über Monate weitgehend lahmgelegt hat. Die Existenz eines Wirtschaftszweigs mit 130 Mrd. € Umsatz in Deutschland ist bedroht, rund eine Millionen Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein Soforthilfeprogramm für kleine und mittlere Unternehmen im Medien- und Kulturbereich, die nicht oder nicht überwiegend öffentlich gefördert werden, aus den im Rahmen des Schattenhaushalts zur Verfügung stehenden Mitteln aufzulegen.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Soforthilfe für die Kultureinrichtungen und Kulturbetriebe als Zuschuss auf der Basis der Relevanz für das Kulturleben in der Stadt oder im ländlichen Raum zu gewähren
5. Der Landtag stellt fest, dass bei den bisherigen Hilfsprogrammen des Landes viele Kulturschaffende und Unternehmen der Medien- und Kulturbranche durch das Raster fallen. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, noch laufende Programme zu prüfen und zeitnah nachzubessern, damit passgenaue Hilfen zur Verfügung stehen.

Begründung:

Kultur ist kein Luxus, sondern ein Menschenrecht. Die Kunst- und Kulturszene ist eine Bereicherung für unser Leben und unsere Gesellschaft. Ohne die vielen Künstlerinnen und Künstler, Veranstalterinnen und Veranstalter, Künstlervermittlerinnen und -vermittler, Managerinnen und Manager, Ton- und Lichttechnikerinnen und -techniker, Bühnenarbeiterinnen und -arbeiter, das Tour-Personal, wie Security, Catering und Fahrerinnen und Fahrer wird das Leben nach der Corona-Pandemie nicht mehr so bunt, laut und schrill sein, wie wir es kennen.

Mit der Kulturbranche ist nicht nur der sechstgrößte Wirtschaftszweig in Deutschland von der Krise betroffen, sondern die kulturelle Vielfalt und Infrastruktur droht dauerhaft verloren zu gehen. Die #AlarmstufeRot-Demonstrationen verdeutlichen die Tragweite dieser Problematik unmissverständlich.

Es ist positiv, dass der Bund bereits für die von den temporären Schließungen im November 2020 erfassten Unternehmen, Betriebe, Selbstständigen, Vereine und Einrichtungen eine außerordentliche Wirtschaftshilfe gewähren wird, um sie für finanzielle Ausfälle zu entschädigen. Der Erstattungsbetrag beträgt 75 % des entsprechenden Umsatzes des Vorjahresmonats für Unternehmen bis 50 Mitarbeiter, womit die Fixkosten des Unternehmens pauschaliert werden.

Wiesbaden 4. November 2020

Die Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser